Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.– Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. – Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 3. | Dresden, Mittwoch den 4. Januar 1911. | 22. Jahrg.

Die kapitalistische Entwicklung.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion kommt im wesentlichen in der Beseitigung der Kleinbetriebe, in der Konzentration der Betriebe, der Produktionsmittel in immer weniger Händen zum Ausdruck. Mit der Entwicklung zum Großbetrieb ist zweifellos auch eine Zunahme der Maschinenarbeit verbunden. Zwar gibt es auch viele kapitalistische Betriebe, die keine Motorenbetriebe sind, und umgekehrt macht die Maschinenarbeit an und für sich aus einem Betriebe noch kein kapitalistisches Unternehmen. Aber im allgemeinen spiegelt sich in der Zunahme der Maschinenarbeit die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise wider, und vielleicht mehr und deutlicher als im Wachstum der einzelnen Betriebe, das durch die Zunahme der Arbeiterzahl zum Ausdruck kommt. Denn mit der Einführung von Maschinen, mit der Verwendung motorischer Kraft wird stets eine Steigerung der Produktion erzielt, möglicherweise sogar bei Verminderung der Arbeiterzahl; die Zunahme der Maschinenarbeit bedeutet also stets eine Vergrößerung der einzelnen Betriebe, und in den weitaus meisten Fällen erhalten auch die handwerksmäßigen Betriebe einen kapitalistischen Charakter, sobald sie beginnen, mit Motoren zu arbeiten. Aus einer interessanten Statistik über die Zunahme der motorischen Kraft im Gewerbe Preußens von 1895 bis 1907, die in der soeben erschienenen dritten Abteilung der Zeitschrift des k. preußischen statistischen Landesamtes veröffentlicht wird, geht nun hervor, daß die Verwendung der motorischen Kraft in den Jahren 1895 bis 1907 in Preußen von 2 241 793 Pferdekräften auf 6 486 999 oder um 4 245 206 Pferdekräfte gestiegen ist, was eine Zunahme von 189,37 Prozent bedeutet! Auch die Zahl der Motorenbetriebe hat in dieser Zeit zugenommen, aber nur von 66 157 auf 127 687, also um 61 530 oder 93,06 Prozent. Die Zahl der verwendeten Pferdekräfte ist demnach um das Doppelte gestiegen gegenüber der Zahl der Motorenbetriebe.

Schon aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Maschinenarbeit und damit die kapitalistische Form der Produktion außerordentlich stark um sich greift und immer allgemeiner wird. Und die Zunahme der Maschinenarbeit oder wenigstens der Verwendung motorischer Kraft verteilt sich auch auf alle Gewerbegruppen. Es verwendeten in Preußen motorische Kraft:

	1895		1907	
	Betriebe	P. S.	Betriebe	P. S.
Gärtnerei	183	698	475	2 772
Tierzucht, Fischerei	9	146	42	444
Bergbau, Hütten usw.	1 682	968 216	3 292	2 201 452
Industrie der Steine	3 584	128 726	6 916	394 822
Metallverarbeitung	6 174	111 204	12 458	472 788
Maschinenindustrie	8 588	121 295	10 964	998 755
Chemische Industrie	1 085	49 992	1 802	158 525
Industrie der Leuchtstoffe	1 266	18 660	2 174	60 026
Textilindustrie	5 496	224 165	8 730	420 727
Papierindustrie	1 116	70 717	2 068	194 062
Lederindustrie	1 000	16 628	1 408	51 006
Industrie der Holzstoffe	7 058	92 570	16 402	228 418
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	26 775	402 080	41 882	802 862
Bekleidungsgewerbe	488	7 470	1 788	19 726
Reinigungsgewerbe	406	8 866	1 856	21 951
Baugewerbe	930	83 050	2 739	105 406
Polygraphisches Gewerbe	1 992	11 429	4 491	47 584
Künstlerisches Gewerbe	39	197	180	1 170
Handelsgewerbe	3 085	31 657	6 919	83 807
Versicherungsgewerbe	2	31	6	99
Verkehrsgewerbe (ohne Eisenbahn usw.)	98	11 422	758	216 627
Gast- und Schankgewerbe	264	8 125	908	9 090
Zusammen:	66 157	2 241 793	127 687	6 486 999

Außerdem entfallen auf die 1895 nicht erhobene Gruppe „Musik, Theater- und Schaustellungsgewerbe" 248 Betriebe mit 459 P. S. (Pferdestärken), und sind 1907 noch 461 Betriebe mit Benutzung von Spirituskraft und 1967 von „sonstiger Kraft" gezählt, die 3206 bezw. 180 146 P. S. beanspruchen, so daß insgesamt 1907 in 130 363 Betriebsfällen 6 674 410 P. S. benutzt wurden. Es handelt sich hierbei um Wasser-, Dampf- und elektrische Kraft. Bei der elektrischen Energie ist die erzeugte Kilowattzahl in Pferdestärken umgerechnet worden.

Aus dieser Statistik ergibt sich, daß die verwendeten P. S. innerhalb 12 Jahren in der Gärtnerei um mehr als 297 Prozent zugenommen haben, in der Tierzucht und Fischerei 300 Prozent, Bergbau, Hütten usw. 142,39 Prozent, Industrie der Steine 218,7 Prozent, Metallverarbeitung 325 Prozent, Maschinenindustrie 723,41 Prozent, Chemische Industrie 207,10 Prozent, Industrie der Leuchtstoffe 221,68 Prozent, Textilindustrie 87,69 Prozent, Papierindustrie 174,45 Prozent, Lederindustrie 210,63 Prozent, Holzindustrie 146,75 Prozent, Industrie der Nahrungs- und Genußmittel 99,7 Prozent, Bekleidungsgewerbe 164,07 Prozent, Reinigungsgewerbe 552,14 Prozent, Baugewerbe 219,2 Prozent, Polygraphisches Gewerbe 216,3 Prozent, Künstlerisches Gewerbe 493,9 Prozent, Handelsgewerbe 163,16 Prozent, Versicherungsgewerbe 219,35 Prozent, Verkehrsgewerbe 1798,3 Prozent und in der Gastwirtschaft 190,88 Prozent, im Durchschnitt 189,37 Prozent. Das ist ein gewaltiger Aufschwung der gewerblichen Benutzung motorischer Kräfte, somit der Produktivität und der kapitalistischen Entwicklung, innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes.

Der Zahl nach sehr bedeutend ist die Vermehrung der P. S. beim Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, sie beträgt 1 233 236, während sich die Betriebsfälle nicht ganz verdoppelt haben, ein Zeichen, daß die Zunahme nur auf Großbetriebe fällt. Das gilt auch für die Gruppe der Maschinenindustrie mit einer Zunahme von 877 460 P. S., wohl ebenso auch für die Gruppe der Metallverarbeitung mit einer Zunahme von 361 529 P. S. und für die Gruppe der Nahrungs- und Genußmittel mit einem Mehr von 400 832 P. S. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß in diesen Großbetrieben vielfach eine Umwandlung eigener Pferdestärken in elektrische Kraft vorkommt, so bleibt nach Abrechnung dieser doppelt gezählten P. S. immer noch eine Steigerung der motorischen Kraft in Preußen von mindestens 160 bis 170 Prozent übrig.

Daß mit dieser Entwicklung der Maschinenarbeit auch eine Konzentration der Produktion verknüpft ist, ergibt sich auch aus der im gleichen Heft der Zeitschrift des k. preußischen statistischen Landesamtes mitgeteilten Statistik über die Entwicklung der Riesenbetriebe in Preußen. An Unternehmungen (ohne die Eisenbahnen, Post und Telegraphie) mit je mehr als 1000 beschäftigten Personen fanden sich 1895 in Preußen 208 mit 408 778 Personen und 552 741 verwendeten Pferdestärken, 1907 aber 385 mit 987 467 Personen und 1 832 172 P. S.; die Zunahme seit 1895 betrug also 85,10 Prozent der Betriebe, 141 57 Prozent der Personen und 231,47 Prozent der P. S. Da sich im gesamten Gewerbe Preußens in der gleichen Zeitspanne die Betriebe nur um 10,60 Prozent, die Personen nur um 43,29 Prozent und die P. S. (ohne Berücksichtigung der elektrischen Kilowatt) nur um rund 130 Prozent vermehrt haben, so ist die Entwicklung der Riesenbetriebe ungleich viel stärker gewesen und „somit ein beredtes Zeichen der Entwicklungsrichtung", wie der Referent in der Zeitschrift des k. preußischen statistischen Landesamtes sehr richtig sagt. Dies ist auch den folgenden Zahlen über die Riesenbetriebe zu entnehmen. Auf solche fielen von 1000 Personen aller Gesamtbetriebe 1895 erst 69,8, 1907 aber 118,5 und von 1000 P. S. 254,5 bezw. 352,7; im Durchschnitt arbeitete ein Riesenbetrieb 1895 mit 1965, 1907 aber mit 2565 Personen und mit 2657 bezw. 4759 P. S.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion zur Konzentration, zu immer größeren Riesenbetrieben und zur immer größeren Verwendung motorischer Kräfte wird in den Darstellungen des preußischen statistischen Landesamtes deutlich gezeigt. Ist diese Entwicklung aber vorhanden — was niemand mehr bestreiten kann —, dann kann auch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß das Endresultat einer solchen fortgesetzten Konzentration und Steigerung der Produktion der Sozialismus wird sein müssen.

Die Arbeiten des Reichstags.

Das voraussichtliche Scheitern der sozialpolitischen Gesetze.

Zu den Arbeiten des Reichstags werden rechtsstehenden Blättern von parlamentarischer Seite folgende sehr beachtenswerte Mitteilungen gemacht:

„Als wünschenswert wird allgemein eine Uebereinkunft der Fraktionen betrachtet. Denn da die Verabschiedung des gesamten Materials kaum zu erwarten ist, so ist es notwendig, darüber klar zu werden, welche Gesetze vor den Neuwahlen noch unter Dach zu bringen sind. Es ist beabsichtigt, vor dem Beginn der zweiten Haushaltslesung, die am 17. Januar voraussichtlich ihren Anfang nehmen wird, die Novelle zum Strafgesetzbuch als dringendes Notgesetz und die erste Lesung der elsaß-lothringischen Verfassungsgesetze zu erledigen. Da eine Einigung über das Arbeitskammergesetz in der nächsten Zeit nicht erzielt werden wird, so wird die dritte Lesung vorläufig noch hinausgeschoben werden, was gleichbedeutend mit einem Scheitern des Gesetzes wäre. Auch die glatte Erledigung des Heimarbeitsgesetzes wird nicht leicht zu erreichen sein, da auch hier zwischen der Mehrheit des Reichstags und der Regierung verschiedene Gegensätze bestehen. Auf die Erledigung des Wertzuwachssteuergesetzes legt die Regierung großen Wert. Das gleiche gilt für das Reichsbesteuerungsgesetz. Wenn die zweite Haushaltslesung am 17. Januar beginnen sollte, so stehen für die Beratung nach Abzug aller Feiertage 60 Tage bis zum 31. März zur Verfügung, ein Zeitraum, der bisher für die Haushaltsberatung ausgereicht hat. Vor dem Beginn der Osterferien steht sodann noch eine Woche für das übrige Material zur Verfügung, während nach Ostern der Reichstag höchstens noch sechs Wochen wird zusammengehalten werden können. In diesen sieben Wochen sollen die Reichsversicherungsordnung, die Strafprozeßordnung und das Privatbeamtenversicherungsgesetz zur Verabschiedung gelangen. Schon heute darf angenommen werden, daß alle drei Gesetze unerledigt bleiben und ihre endgültige Verabschiedung dem neugewählten Reichstage vorbehalten bleibt."

Wenn die Reichstagsarbeiten tatsächlich in der Art verlaufen würden, wie es in dieser Mitteilung in Aussicht gestellt ist, dann muß gesagt werden, daß das Ende dieser Gesetzgebungsperiode sich würdig dem gesamten bisherigen Jammer des „nationalen Reichstages" anreihen wird. Allen wichtigeren sozialpolitischen Gesetzen wird das Schicksal des Nichtzustandekommens prophezeit. Diese Gesetzentwürfe sind weit davon entfernt, gute soziale Politik zu bringen, sie sind zum Teil durchaus antisozial, aber die heutige Gesetzgebungsmaschinerie ist überhaupt nicht imstande, etwas fertig zu bringen. Wie die preußische Wahlreform elend gescheitert ist, so sollen auch die Flickvorlagen der Sozialpolitik zugrunde gehen.

Ein schlimmeres Zeugnis könnte dem heutigen Kurs nicht ausgestellt werden, als wenn es so käme, wie in der obigen Meldung angekündigt wird. Die deutschen Wähler müßten strengstes Gericht halten!

Der bewaffnete Frieden.

Der französische Volkswirt Edmond Théry hat sich die Mühe genommen, die Summen herauszurechnen und zusammenzustellen, die in den letzten fünfundzwanzig Jahren von den einzelnen Staaten für Rüstungszwecke ausgegeben worden sind. Es ist eine erbauliche Tabelle, die er im Matin veröffentlicht. Die Budgets von 1883 und 1908 werden miteinander verglichen; in diesem Zeitraum sind die Ausgaben für Krieg und Marine gestiegen: in Deutschland von 504 auf 1504 Millionen (Frank), in England von 702 auf 1437 Millionen, in Oesterreich-Ungarn von 348 auf 529 Millionen, in Frankreich von 789 auf 1100 Millionen, in Italien von 311 auf 457 Millionen, in Rußland von 864 auf 1511 Millionen, in verschiedenen anderen Ländern zusammen von 593 auf 948 Millionen. Es sind also die Kriegsausgaben in den Jahren 1883 bis 1908 von 4111 auf 7536 Millionen gestiegen, was auf jedes Jahr eine Vermehrung von 137 Millionen und im ganzen eine Steigerung um 83 Proz. ausmacht. Die Gesamtsumme der Ausgaben beträgt rund 145 Milliarden; so viel hat also in fünfundzwanzig Jahren der bewaffnete Frieden Europa gekostet.

Die Vermehrung ist bei den einzelnen Ländern verschieden; sie ist am höchsten in Deutschland, nämlich 193 Prozent; dann folgt England mit 112, Rußland mit 69, Oesterreich-Ungarn mit 66, Italien mit 47, Frankreich mit 39 Prozent. Aber auch die kleineren Staaten haben ihr Kriegsbudget beträchtlich vermehrt; in dem genannten Zeitraum hat sich das Kriegsbudget vermehrt: in Schweden um 80 Millionen, in Spanien um 49, in der Türkei um 46, in Portugal um 37, in der Schweiz um 20, in Holland um 25, in Rumänien um 26 Millionen usw. Zu bemerken ist dazu noch, daß die außerordentlichen Ausgaben nicht mitgerechnet sind, so nicht die Zinsen von Kriegsanleihen, nicht die wirtschaftlichen und sozialen Verluste, nicht die besonderen Kriegskosten zum Beispiel für den spanisch-amerikanischen, den russisch-japanischen und den Burenkrieg. Der letztere hat England 5½ Milliarden, der russisch-japanische Krieg den Russen 6½, den Japanern 5 Milliarden gekostet. Und was war das Ergebnis dieser Kriege? Die Buren haben ihre Selbständigkeit im südafrikanischen Föderativstaat und Rußland und Japan haben ein freundschaftliches Abkommen geschlossen. Das hätte man jedenfalls viel billiger haben können, wenn die verantwortlichen Staatsmänner vernünftiger gewesen wären.

Wie lange noch wollen die Nationen, die sich zivilisiert dünken, diesen ungeheuren Wahnwitz der wechselseitigen Wettrüstungen fortbetreiben?

Das kapitalistische Zeitalter hat zugleich das wilde Rüstungsfieber gezeitigt. Die Völker müssen Kapitalismus und Militarismus, die aus einer Wurzel wachsen, zugleich bekämpfen, wenn sie vor dem Moloch der Kriegsrüstungen endlich Ruhe bekommen wollen!

Was dem Kapital erlaubt ist, aber nicht den Arbeitern.

Kontrollrecht und Strafgewalt der Kartelle.

k. Das Rheinisch-Westfälische Zementsyndikat in Bochum liegt mit der Fabrik Meteor im Streit. Zur Untersuchung von Differenzen hat der Aufsichtsrat des Syndikats, wie der Berliner Lokal-Anzeiger berichtet, den Professor Gary in Groß-Lichterfelde und den Direktor Jannssen in Bochum beauftragt. Diesen beiden Beauftragten hat die Fabrik Meteor den Zutritt zu den Fabrikestablissements und die Einsichtnahme in die Bücher verweigert, trotzdem jedes dem Syndikat angehörige Werk vertraglich hierzu verpflichtet ist. Infolge dieser Differenz hat der Aufsichtsrat des Syndikats folgenden Beschluß gefaßt:

Die Fabrik Meteor wird bestraft:

1. mit 20 000 M., weil Meteor dem vom Aufsichtsrat mit einer Revision beauftragten Herrn Professor Gary den Zutritt zur Fabrik verweigert hat;
2. mit 20 000 M., weil das Werk Meteor den mit einer Revision beauftragten Direktor Jannssen die Aktien und Bücher nicht zur Einsichtnahme vorgelegt hat;
3. mit 50 000 M. wegen seiner Lieferungen in „Meteor Extra" an die kgl. Eisenbahn-Direktion in Köln.

Satzungsgemäß werden vorstehende Summen gegen die sich ergebenden Guthaben des Werks Meteor so lange verrechnet, bis die 90 000 M. gedeckt sind.

Von der bürgerlichen Presse wird gegen diese Praktiken des Rheinisch-Westfälischen Zementsyndikats, die auch von den übrigen Kartellen geübt werden, kein Einwand erhoben, sie registriert die Affäre ohne ein Wort der Kritik. Man nehme

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110104/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG